

II- 671 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Zl. 35.562-G/72

Wien, am 30. März 1972

B e a n t w o r t u n g279/A.B.
zu 287/J.
Fräs. am 11. April 1972

der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Kern und Genossen (ÖVP), Nr. 287/J, vom
15. Feber 1972, betreffend Subventionspolitik.

Anfrage:

1. Haben Sie, Herr Bundesminister, bevor Sie von der Forcierung der Subventionierungspolitik gesprochen haben, diese Aussage mit dem Herrn Bundeskanzler abgestimmt?
2. Wenn ja, in welcher Form und ab welchem Zeitpunkt soll die geplante Forcierung der Subventionierungspolitik, wie sie von Ihnen in Ihrer Rede anlässlich der Eröffnung der Winter-Tagung angekündigt wurde, erfolgen?
3. Werden Sie, Herr Bundesminister, auch dafür eintreten, daß die Förderungs- und Preisausgleichsmittel anders als derzeit (wie dies vom Herrn Bundeskanzler in letzter Zeit angekündigt worden ist) eingesetzt werden?
4. Wenn ja, in welcher Form sollen diese Mittel eingesetzt werden und welche Beträge werden für 1972 und 1973 die einzelnen Maßnahmen erforderlich machen?

Antwort:

In der Einleitung zur Anfrage wird davon ausgegangen, daß die SPÖ "in der Vergangenheit gegen die Subventionspolitik war". Da ich selbst seit Jahren dem Nationalrat angehöre, möchte ich dazu feststellen, daß die Abgeordneten der SPÖ sich wohl gegen die Subventionspolitik der ÖVP gewendet haben, die Notwendigkeit einer zielführenden Landwirtschaftsförderung jedoch nie in Frage gestellt haben.

Dieser Linie folgend, habe ich mich in meiner Begrüßungsansprache im Rahmen der Wintertagung 1972 auch mit der Förderungspolitik befaßt. Die Fragesteller berufen sich auf die Meinung eines Journalisten einer angesehenen Tageszeitung.

- 2 -

Dieser Journalist hat meine Rede dahin gedeutet, daß ich auf eine "Forcierung der Subventionspolitik gezielt hätte". Um Mißdeutungen auszuschließen, möchte ich kurz darstellen, was ich anlässlich der Eröffnung der Wintertagung zu der in Rede stehenden Fragen ausgeführt habe:

Ich habe mich zu einer modernen Landwirtschaftsförderung bekannt, die ich als Anpassungspolitik und nicht als Konservierungspolitik verstehe. Ich halte mich hiebei im Rahmen der Regierungserklärung vom 5. November 1971, in der für die Förderung aller sozio-ökonomischen Betriebstypen zur Realisierung einer differenzierten Förderungspolitik eingetreten wird. Dabei werden die einzelbetrieblichen Förderungsmaßnahmen - ausgenommen im Bergbauernbereich - im verstärkten Maß auf die Verbilligung von Krediten ausgerichtet, während die Vergabe von Beihilfen im wesentlichen jenen Maßnahmen vorbehalten bleibt, die sich indirekt auf die Einkommensverbesserung der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen auswirken. Dazu gehören z.B. die Förderung der Beratung, Bildung und Forschung, sowie die struktur- und marktpolitischen Maßnahmen.

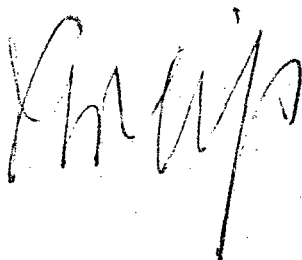
Zur Frage der Verwendung der unter Pkt. 4 der Anfrage fallenden Mittel weise ich darauf hin, daß im Bundesfinanzgesetz 1972 2.364,720.000,-- Schilling enthalten sind und keine Absicht besteht, diesen Betrag einer anderen als der vorgesehenen Verwendung zuzuführen. Ob für die gleichen Maßnahmen auch im Bundesvoranschlag 1973 Mittel eingesetzt werden bzw. in welcher Höhe solche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wird im Rahmen der Vorbereitung des Bundesvoranschlages in der Bundesregierung beraten werden.

Die diesbezüglichen Vorschläge werden maßgeblich durch die Ergebnisse der Beratungen der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Wirtschaftsgesetze bestimmt werden. Diese Arbeitsgruppe, der der Bundeskanzler, die Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Finanzen, Inneres und Handel, Gewerbe und Industrie sowie Herr Staatssekretär Veselsky angehören, prüft, ob die agrarischen Wirtschaftsgesetze noch zeitgemäß sind oder ob bzw. in welchen Punkten sie der geänderten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an-

- 3 -

zupassen sind. Da die Beratungen wegen der Schwierigkeit der Materie eingehend geführt werden müssen, kann ich über abschließende Ergebnisse derzeit noch keine Aussagen machen.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'F. M. A. P.' or similar, written in a cursive style.